

Absichten, Handlungsweisen und Vorschläge des Systems zurückwirken können. Daß es, um erfolgreich zu agieren, durchweg auf die Beachtung allgemeiner Regeln angewiesen sei, wird kategorisch abgelehnt. Die Kurzatmigkeit einer solchen Regelverpflichtung wird anhand einiger Theorien „halbierter Rationalität“ – etwa K.-O. Apels Diskursethik – nachgezeichnet.

Vor diesem Hintergrund widmet der Autor viel Raum der Charakterisierung der „anderen Seite der Vernunft“, der spontanen, kreativen, regelungebundenen, methodenfreien, situationsbestimmten „Gelegenheitsrationalität“, ohne diese „Logik der Lage“ immer von „gewöhnlichem Opportunismus“ und menschenverachtender Kriminalität abgrenzen zu können, woran ihm sichtbar gelegen ist. Diese Schwierigkeit ergibt sich, weil Spinner die „Gelegenheitsrationalität“ anhand von Beispielen diskutiert, deren normative Implikationen Anlaß zu Nachfragen geben. Seine beiden Standardbeispiele sind zum einen das Brechtsche Lehrstück „Die Maßnahme“, in der sich eine kommunistische Fünfte Kolonne erlaubt, eines ihrer Mitglieder zu exekutieren, das statt kommunistisches Propagandamaterial zu verteilen, den Elenden dieser Welt direkt helfen möchte und damit die Absatzbewegung seiner Gruppe behindert, und zum zweiten Carl Schmitts Eintreten für rechtliche „Sondermaßnahmen“, die den Willen eines Führers zum Gesetz erheben und die Kontrollrechte der Betroffenen beiseite lassen. Vielleicht hätte eine geringere Neigung zur Provokation dem Autor erspart, auf die in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen mit Fußnoten über Wertfreiheit bzw. mit vagen Hinweisen auf „pathologische“ Spontaneitäten zu reagieren. Daß er im Gegenzug durchweg den „Bankrott des Allgemeinen“ betont und die positiv bewertbare Eigenheit methodischer Rationalität unterbelichtet (etwa Institutionalisierbarkeit, kollektive Kontrolle, intersubjektive Vermittelbarkeit u.a.), fügt sich seiner Darstellung zwanglos ein, die er zu einer Art Zeitdiagnose verallgemeinert, in deren Zentrum er die „Rebellion gegen die Regel“ stellt.

Unabhängig davon, daß ich den Einfluß von Zeitdiagnosen auf die Entwicklung eines theoretisch brauchbaren, analytischen Handlungsverständnisses nicht in allen Fällen für erhellend halte, läßt mich das Spinnersche Buch etwas ratlos zurück. Ich habe keinerlei Einwände, wenn der Autor versucht, die blinden

Flecke der Theorie rationalen Handelns und Entscheidens auszuleuchten; wenn dies aber nur dadurch gelingt, daß „Rationalität“ ganz gegenläufige Handlungsorientierungen bezeichnet, wäre es dann nicht geboten, den Rationalitätsbegriff gänzlich fallen zu lassen und statt dessen eine allgemeine Theorie des wissensgesteuerten Handelns anzusteuern, die ohne derartige Altlasten auskommt? Dies müßte Spinner um so leichter fallen als er, soweit ich ihn richtig verstanden habe, bereit ist, die theoretisch wie normativ gleichermaßen unzulängliche Gleichung von Rationalität und normativ rechtfertigungsfähigem Handeln fallenzulassen, die eine allgemeine Wissenstheorie, die der Autor verdienstvollerweise im Auge hat, in der Tat nicht stützen kann.

Michael Schmid

#### POLITISCHE SOZIOLOGIE

Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994. 665 Seiten. ISBN: 3-531-12452-8. Preis: DM 84,-.

Mit dem fünften Band „Wahlen und Wähler“ findet ein Standardwerk der deutschen Wahlforschung seine Fortsetzung, in dem renommierte Wahlforscher die erstaunlichen Ergebnisse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl analysieren. Der mit 665 Seiten sehr umfangreiche Band bietet dem Leser die Gelegenheit, den besonderen Status der Bundestagswahl 1990 aus sehr unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. So finden sich in der Gliederung Abschnitte über Institutionen, die Sozialstruktur, die Parteien, die Parteibindungen – Streitfragen – Kandidaten, die Massenmedien, die Politische Kultur und zum Schluß ein Überblick über Wahlergebnisse von der Forschungsgruppe Wahlen. Natürlich kann eine zusammenfassende Rezension einer so umfassenden Lektüre nicht gerecht werden, und so möchte ich ein Kriterium heranziehen, das mir weniger zur Bewertung als zur Zusammenfassung der insgesamt siebzehn Beiträge dient.

Aus der aktuellen Perspektive möchte ich einige Auszüge aus den Forschungsergebnissen aufnehmen. Dabei werde ich diejenigen Beiträge einer Gruppe zuordnen, in deren Mittel-

punkt die Einigungsfragen und -probleme stehen und die nur am Rande einen Bezug zu den spezifischen Bedingungen der Bundestagswahl von 1990 herstellen. In einer anderen Gruppe sollen die Analysen vorgestellt werden, die eher allgemeine gesellschaftspolitische Entwicklungen und Veränderungen ohne Einigungsschwerpunkt diskutieren. Ein weiteres Zuordnungskriterium möchte ich aus der Verbindung der deutschen Vereinigung mit dem Schwerpunkt Bundestagswahlen gewinnen. Danach werde ich einerseits die Beiträge zusammenfassen, die sich mit dem konkreten Ausgang der Bundestagswahl von 1990 und dem Wählerverhalten unter der besonderen Randbedingung der deutschen Vereinigung auseinandersetzen. Andererseits möchte ich die Analysen miteinander verbinden, die vornehmlich auf allgemeine Bedingungen des Wahlverhaltens eingehen. Mittels dieser Kriterien, einer gesellschaftspolitischen und einer wahlverhaltensspezifischen Dimension, läßt sich im gewohnten Vierfelder-Schema operieren. Natürlich sei schon an dieser Stelle auf die teilweise fehlende Trennschärfe meiner Gruppierung und auf mögliche Zuordnungsfehler hingewiesen.

1. In die erste Gruppe mit Schwerpunkt Einigungsfragen möchte ich den Beitrag von Eckhard Jesse einordnen, der sich mit den institutionellen Rahmenbedingungen der Bundestagswahl vom 2.12.1990 auseinandersetzt. Unter den institutionellen Rahmenbedingungen wird hier das Wahlsystem und seine zweifache Änderung im Jahr 1990 verstanden. Nach einem kurzen Überblick über die Wahlbedingungen in der DDR und die parteipolitische Entwicklung im Zuge der Vereinigung zeichnet Jesse die Diskussion des Wahlgesetzes und dessen Revision durch das Bundesverfassungsgericht nach. Damals wurden nicht die Überhangmandate thematisiert, sondern es standen die allgemeine Sperrklausel und die zunächst für 1990 vorgesehene Landeslistenverbindung von nicht miteinander konkurrierenden Parteien im Vordergrund. Diese Regelungen hatte Ende September das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der kleinen Oppositionsparteien für verfassungswidrig erklärt, und der Bundestag trug den gerichtlichen Vorgaben mit der Verabschiedung eines entsprechenden Wahlgesetzes Rechnung. Jesse simuliert den vermeintlichen Wahlausgang ohne neuerliche Wahlgesetzänderung und kommt

aus der Regierungsperspektive zu dem Schluß, daß die geringfügigen Mandatsverschiebungen, insbesondere zugunsten von Bündnis 90 und zum Nachteil von PDS/LL, keine Auswirkungen auf den 12. Deutschen Bundestag nach sich gezogen hätten. Aber nicht nur Wahlen, sondern auch Regierungskoalitionen sind im kontinuierlichen Prozeß ihrer politischen Gestaltungsfähigkeit zu bewerten, und so würde man Jesses Einschätzung aus heutiger Sicht nicht ohne Vorbehalt teilen.

Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann untersuchen in ihrem Beitrag über den „mühsamen Weg in eine 'neue' Demokratie“ die Wahrnehmung der Parteien in Ost und West zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen 1990, deren Image als wichtiger Faktor für die demokratiethoretische Funktion des intermediären Bindeglieds eingestuft wird. Vor dem Hintergrund einer hohen zeitlichen Stabilität der Parteianteile bei den ersten vier Wahlen in Ostdeutschland im Jahre 1990 kann eine Unterstützung dieser Parteiendemokratie seitens der ostdeutschen Bevölkerung kaum auf einen Effekt des Langzeitlernens zurückgeführt werden, so daß die Logik eines aktuellen Ereignislernens zunächst plausibler erscheint. Lediglich über persönliche Kontakte und Westfernsehen bestand im Osten eine indirekte Informationsmöglichkeit über die langfristige Partiensituation. Dieses dritte Modell des langfristigen indirekten Lernens erklärt fast ausschließlich die parteipolitischen Kenntnisse der ostdeutschen Bevölkerung und weist auf die rasche Übernahme der importierten westdeutschen Parteiprogramme hin. Neben der Konvergenz beim Parteidimage zeigen die Untersuchungen zur Parteidentifikation, daß in Ostdeutschland noch kein stabiles Bild existiert und weiterhin eine eher themen- oder ereignisbezogene Stimmabgabe zu erwarten ist.

2. Der von Kaase und Klingemann angesprochenen Themenwahl gehen Gabriele Eckstein und Franz Urban Pappi nach, die ich der Gruppe zuordne, die vornehmlich die 1990er Wahlergebnisse unter Berücksichtigung des Ost-West-Unterschieds untersucht. Im Mittelpunkt des Beitrags steht ein Vergleich der politischen Wahrnehmung und der Präferenzen der Wählerschaft in Ost- und Westdeutschland, wobei die Autoren dem anspruchsvollen räumlichen Mehrparteienmodell eine Diskri-

minanzanalyse gegenüberstellen. Geprüft wird in erster Linie, welches Modell die Parteienwahl der Wähler in Ost und West besser voraussagt. Angesichts der Knappheit der Wahlergebnisse und der vielfältigen Kriterien, die man für die Güte einer Wahlprognose anlegen kann, ist für die Parteienwahl weniger die Modellqualität als der hohe Prediktor der Kandidaten aufschlußreich. So reduzieren sich die Überlegungen eines zweidimensionalen Wählers auf die zur Auswahl stehenden Parteien, während mit den Kandidaten einer institutionellen Argumentation gefolgt werden kann, die das deutsche Verhältniswahlrecht und seine koalitionstheoretischen Konsequenzen für die Wahlentscheidung in den Vordergrund stellt. Demnach könnte der Wähler bei seiner Parteienwahl einem Unsicherheitsfaktor ausgesetzt sein, der wegen der Ungewißheit des Wahlausgangs und der anschließenden Mehrheitsbildung noch nicht einmal die Wahrscheinlichkeiten für eine Regierungsmehrheit bestimmen läßt. Unter diesen Umständen kann vermutet werden, daß diese Ungewißheitssituation von den Wählern über die Kandidatenorientierung zumindest in eine Wahlentscheidung unter Risiko rekursiv transformiert wird, bei der zwar keine Sicherheit besteht, aber die Wahrscheinlichkeiten einer Regierungsmehrheit bekannt sind. Im Resultat wird diese Interpretation dadurch belegt, daß sich die Risikominimierung für bestimmte Parteien in unterschiedlichem Ausmaß niederschlägt. So lassen sich die Wahlergebnisse für die CDU/CSU und die Grünen am besten voraussagen, da diese mit ihren jeweiligen Distanzen zu Kohl einerseits und zu Lafontaine andererseits eine eindeutige Trennung nach Kandidaten erlauben, während die relativ offenen Koalitionspositionen der SPD und der FDP das Risiko ihrer Wählerschaft auf hohem Niveau beläßt. Wenn eine solche Konzeption der rationalen Wählerschaft eine korrekte Wahrnehmung des deutschen Prinzips der Regierungsbildung zubilligt, dann stellt sich die Frage nach dem Ost-West-Unterschied in der Risikoverringerung, wobei die Autoren mit ihrer Analyse einer zweiten Welle auch noch die diesbezügliche Bedeutung des Wahlkampfes in Ost und West erfassen. Ausgangspunkt ist im Westen ein starker Oppositionsfaktor mit einer deutlichen Ablehnung Kohls und einer Befürwortung Lafontaines, wobei zu diesem Zeitpunkt auf der Regierungsseite eine starke Ablehnung gegenüber

Lafontaine und ein geringfügiger Unmut gegenüber Kohl existiert. Im Osten polarisiert die Opposition noch stärker, aber der Regierungsfaktor zeigt zu diesem Zeitpunkt eine Unzufriedenheit mit Kohl und eine noch stärkere Abneigung gegenüber Lafontaine. Welchen Effekt hat nun der Wahlkampf, der sich an den Ladungsmustern der Kandidaten auf dem Regierungs- und Oppositionsfaktor der zweiten Welle ablesen läßt? Im Westen erhöht sich die Differenz zwischen Kohl und Lafontaine im Oppositionslager, wohingegen Lafontaine durch seinen Wahlkampf auf der Regierungsseite Pluspunkte verbucht. Ganz anders im Osten, denn hier sind erstens insgesamt nur geringfügige Verschiebungen auszumachen und zweitens kann auf dem östlichen Regierungsfaktor lediglich zwischen dem kleineren Übel gewählt werden, das sich im Gegensatz zum Westen auch noch zuungunsten von Lafontaine verändert. So gelingt auch die Prognose des Wahlausgangs infolge der Annäherung Lafontaines an das Regierungslager schlechter, während sich im Osten die Voraussage der Wahlentscheidung für das Oppositionslager verbessert.

Weniger auf die Erklärung der Wahlentscheidung für eine Partei denn auf die der Lagerpräferenz in Ost und West mit der CDU/FDP einerseits und der SPD und den Grünen andererseits ist die Untersuchung von Manfred Küchler angelegt. Bei der Kompetenzeinschätzung der Parteien hinsichtlich wichtiger Fragen büßte das SPD-Lager seinen Vorsprung von Dezember 1989 bis November 1989 ein, und auch bei hoher Lösungskompetenz beabsichtigen weniger Wähler, das SPD-Lager zu wählen. Diese Absicht verändert sich auch kaum im Verlauf des Wahlkampfes, während das Regierungslager hinsichtlich der Kompetenzbewertung noch an Wahlabsichtserklärungen zulegen kann. Für das SPD-Lager wäre wohl der Juni der beste Wahltermin gewesen, und die Opposition hätte auch von einer Akzentuierung der Wohlfahrts- gegenüber den Wohlstandsfragen profitieren können. Graduelle Ost-West-Unterschiede zeigen sich bei einigen Positionsfragen, wie zum Beispiel bei einem etatistischeren Wirtschaftsbild und bei einer liberaleren Schwangerschaftshandhabung im Osten. Schließlich fallen auch die Effekte der Sachfragen auf die Wahlabsicht zwischen Ost und West unterschiedlich aus, und die Regierungsparteien konnten es sich im Osten leisten, unpopuläre Standpunkte in der

Frage der Kernenergie und der Abtreibung zu vertreten. Auf den Zusammenhang von Wahlentscheidung mit dem vorherrschenden Thema der Bundestagswahl 1990, der Wiedervereinigung, geht Helmut Norpoth ein. Es zeigt sich, daß nicht nur die Übereinstimmung mit der Position der CDU/CSU, eine schnelle Vereinigung durchzuführen, einer hohen Wahlabsicht gleichkommt. Vielmehr läßt sich eine zweite Dimension anhand der hohen CDU/CSU-Wahlabsicht von Vereinigungsgegnern erkennen, die sich mit der schnellen CDU/CSU-Vereinigungspolitik besser anfreunden konnten. Demnach hatte die relativ große Gegnerschaft zwar keine Option, ihre Position durchzusetzen, aber sie präferierte den Kurs von Helmut Kohl, der letztendlich eine kostengünstigere Vereinigung versprochen hatte.

„Charakter oder Sachkompetenz von Politikern“ heißt der Beitrag von Hans Kepplinger, Hans-Bernd Brosius und Stefan Dahlem, wobei mit „Charakter“ die Einschätzung der allgemeinen Eigenschaften und mit „Sachkompetenz“ die Wahrnehmung der Lösungskapazität politischer Probleme der beiden Kanzlerkandidaten von 1990 gemeint ist. Beim Charakter unterscheidet sich der amtierende Kanzler gegenüber Lafontaine insbesondere durch seine größere Erfahrung, die sich auch in seiner höheren außenpolitischen Sachkompetenz niederschlägt. Natürlich überrascht es nicht, daß die Effekte des Charakters und der Sachkompetenz nicht vollständig voneinander zu trennen sind. Dennoch ist der Charakter sowohl für die Wahlabsicht des Kandidaten als auch der Partei ein besserer Prediktor.

Sehr ausführlich gehen Dieter Fuchs und Steffen Kühnel auf die Mikrofundierung der Wahlentscheidung ein. Über eine Produktionsnutzenfunktion greifen die Autoren das Problem der Ungewißheit von (Wahl-)Entscheidungen auf, die es über die Beschaffung von Informationen hinsichtlich der von den Parteien offerierten Sachbezüge zu verringern gilt. Bei ihren empirischen Analysen verwenden die Autoren ein Discret-Choice-Modell, das unter statistischem Vorbehalt eher die Erklärungskraft unterschiedlicher Indikatoren für den Wahlausgang und weniger die individuelle Entscheidung unter Ungewißheit abbildet. Hier zeigt sich, daß die langfristige Parteineigung, die als Folge der generalisierten Leistungs- und Positionsbewertung interpretiert wird, mit Abstand den stärksten Effekt aufweist.

3. In die Gruppe der Untersuchungen, die eher den Zusammenhang von gesellschaftspolitischen Veränderungen und Wahlverhalten analysieren, fällt der Beitrag von Rüdiger Schmitt-Beck und Peter Schrott, die überzeugend die Dealignment-These widerlegen. Die eher auf der Makro-Ebene formulierte Dealignment-These unterstellt hier eine Abschwächung von Parteibindungen infolge einer Medienexpansion und findet hier ihre Mikro-Fundierung im ökonomischen Transaktionskostenansatz, wonach die Wähler ihre Informationsbeschaffungskosten nicht mehr nur über eine Parteibindung, sondern auch über ihren kostenunabhängigen Zugang zu den Massenmedien reduzieren können. Natürlich drängen sich bei einem solchen Ansatz zahlreiche Fragen nach der Art und Richtung der Information auf, die sich sowohl positiv als auch negativ auf die individuelle Wahlabsicht auswirken könnte. Mit der Unterscheidung der Informationshöhe erweitern die Autoren ihre Fragestellung um ein Aktivitätsschema aus der Partizipationsforschung, das zwischen hoch und niedrig Mobilisierten trennt. Nun zeigen ihre Ergebnisse eindrucksvoll, daß nicht die Parteibindung, sondern der Mobilisierungsgrad den „Informationshunger“ der Befragten bestimmt. So ist bei genauer Betrachtung nicht nur die Parteibindung bedeutungslos, sondern es wird die Dealignment-These widerlegt, nach der Parteianhänger zumindest Informationskosten sparen müßten: Sowohl die hoch als auch die niedrig Mobilisierten haben eine größere Informationsnachfrage nach politischer Information als die entsprechenden kognitiven oder rituellen Parteianhänger.

Auf das „Ergrauen der Grünen“ und auf ihr überraschendes Ausscheiden aus dem 12. Bundestag gehen Wilhelm Bürklin und Russel Dalton ein. Für die über die altersspezifischen Wahlergebnisse bestimmte Zukunft der Grünen können weder die Lebenszyklus- noch die Generations- oder die Periodenthese eine überzeugende Antwort geben. Nach wie vor tendieren Postmaterialisten eher zur Wahl der Grünen als Materialisten, aber auch junge Wähler unterstützen die Grünen eher als ältere. Auf das Wahlergebnis der Grünen bei der Bundestagswahl von 1990 wirkten sich die Erhöhung der ideologischen Distanz ihrer Kernwählerschaft negativ aus, was in unterschiedlichem Ausmaß auf interne Probleme wie Flügelkämpfe oder eine Pragmatisierung und auf externe Effekte wie die Dominanz der Eini-

gungsfrage und die Übernahme grüner Positionen durch andere Parteien zurückzuführen ist. Dennoch werden die künftigen Wahlchancen der Grünen aufgrund eines generationenspezifischen Wandels insgesamt positiv eingeschätzt.

Der Frage nach einem Generationeneffekt bei der Wahl der SPD geht Uwe Gehring nach. Über die Jahre hinweg läßt sich bei der SPD allerdings nur ein kohortenspezifischer Wahleffekt ablesen, wenn man ihre Wählerschaft mit der der Grünen zusammenfaßt. Für die SPD selbst sind weder signifikante Alters- noch Kohorteneffekte auszumachen. Bei seiner Schätzung der Alters-, Kohorten- und Periodeneffekte beschränkt sich Hans Rattinger auf die Wahlbevölkerung der alten Bundesrepublik, wobei für das Abschneiden der Parteien die Periodeneffekte von Bedeutung waren. Lediglich bei der CDU/CSU dominieren Kohorteneffekte, obwohl sich auch bei männlichen Unionswählern ein stärkerer Periodeneffekt als die Generationszugehörigkeit bemerkbar macht. Insgesamt wird die Union in besonderem Maße von Wählern unterstützt, die zwischen 1920 und 1949 geboren wurden und die über ihre hohe Wahlbeteiligungsquote fast die Hälfte der Wählerschaft stellen. Beim Alterseffekt weisen SPD und CDU ein konträres Profil auf, da die Wahlwahrscheinlichkeit der SPD mit zunehmenden Alter abnimmt und die der CDU zunimmt. Für die FDP und die sonstigen Parteien, einschließlich der Grünen, sind insbesondere die mittleren Jahrgänge von Interesse. Demnach zeichnen sich zukünftig unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung Gewinne für die Unionsparteien ab, da der Alterungseffekt einerseits und die Verringerung des Anteils von Neuwählern andererseits das konservative Lager begünstigt.

Die Schicht- und Altersspezifika der Gruppe der Nichtwähler heben Jürgen Falter und Siegfried Schumann hervor. Auf der sozialstrukturellen Ebene findet sich dieser Wählertyp insbesondere in städtischen Problemlagen, während auf der individuellen Ebene junge Wähler mit geringem politischen Interesse eine hohe Wahlabstinz aufweisen. Weiterhin begünstigt ein heterogenes soziales Umfeld die Tendenz, sich bei der Wahl nicht zu beteiligen. Hinzu kommt ein gewisses Maß an Politikverdrossenheit, die in der Kombination mit einer fehlenden Parteiidentifikation sowohl im Westen als auch im Osten die Nichtwahl erklärt. Die seit Anfang der 70er Jahre

stetig wachsende Gruppe der Nichtwähler kann teilweise als Protestwählerschaft eingeschätzt werden, deren Haltung auch in die Wahl einer systemoppositionellen Randpartei umschlagen könnte. Etwas allgemeiner, den Effekt intermediärer Organisationen auf die Wahlentscheidung untersuchend, geht Bernhard Weißels vor. Weißels weist im Westen einen deutlichen Gruppeneinfluß auf die SPD-Wahlabsicht bei Gewerkschaftsmitgliedern nach. Ebenso besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Wahlabsicht des Regierungslagers und Wirtschaftsverbänden sowie Kirchen. Für Ostdeutschland fallen diese Zusammenhänge erwartungsgemäß etwas geringer aus, obwohl auch hier die Konfession eine entscheidende Determinante für die Wahlentscheidung ist.

4. In die letzte Gruppe möchte ich den Beitrag von Barbara Pfetsch und Katrin Vollmer aufnehmen, da hier der Frage nach einer geteilten Medienrealität in Ost und West nachgegangen wird. Eine wichtige Annahme der Autorinnen ist, daß sie nicht vom zweistufigen Medienprozeß ausgehen, demzufolge die Berichterstattung lediglich eine journalistische Nachfrageperzeption ihrer Klientel ist. Unterstellt wird hier eher ein einstufiges Modell, das nicht nur Unterschiede zwischen beiden deutschen Teilgebieten in Anbetracht der jeweiligen Medienstrukturen, sondern auch bei den Selektionskriterien von Ost- und Westjournalisten für die Konzeptualisierung der inhaltlichen Objekte der Wahlkampfkommunikation vermuten läßt. Die inhaltlichen Objekte umfassen die Auswahl und Interpretation von Themen und politischen Akteuren, die über jeweils zwei westliche und östliche Printmedien verglichen werden. Trotz einiger Divergenzen in der Berichterstattung stützt doch die weitgehende Medienkonvergenz die Vermutung, daß schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt die östlichen Redaktionen nicht nur nach westlichen Kriterien berichteten, sondern womöglich von Westjournalisten stark beeinflußt wurden.

Ursula Feist und Klaus Liepelt setzen sich mit dem unterschiedlichen Politikverständnis der Deutschen in Ost und West auseinander. Ihr innerdeutscher Kulturvergleich greift die Wertorientierungen der Ost- und Westbevölkerung auf, bei der noch 1991 in beiden Teilen das Umweltthema mit Abstand die höchste Prominenz genoß. Die Autoren können auf einige Unterschiede, aber auch auf viele Ge-

meinsamkeiten zwischen Ost und West in bezug auf Wertorientierungen, das Vertrauen in Institutionen und das Demokratieverständnis herausarbeiten. Besonders spannend sind aus heutiger Sicht aber ihre Ergebnisse über die politischen Verhältnisse und Wirtschaftsperspektiven. Hier zeigt sich, daß im Westen die Einschätzungen der allgemeinen politischen Verhältnisse in den achtziger Jahren sehr eng mit den persönlichen und allgemeinen Wirtschaftserwartungen verbunden sind und auch die Arbeitsmarkterwartungen auf einem etwas niedrigeren Niveau, aber in der Tendenz ähnlich verlaufen. Einen wahren „schwarzen Montag“ erleben diese Erwartungen im Westen ab Mitte 1990, während der Osten diese Entwicklung etwas später nachvollzog. Dennoch zeichnen sich gravierende Unterschiede zwischen Ost und West ab, denn im Osten liegen die Erwartungen zu den allgemeinen politischen Verhältnissen und der Arbeitsmarktlage einerseits und der allgemeinen und der persönlichen Wirtschaftslage andererseits auf einem signifikanten Niveauunterschied. Dieses Resultat bestätigt nicht nur die vielfältigen Untersuchungsergebnisse, wonach im Osten die Zufriedenheit mit der persönlichen Situation über der Zufriedenheit mit der allgemeinen Situation liegt. Vielmehr manifestieren diese Niveauunterschiede, daß im Osten ein geringerer Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik hergestellt wird, wobei die Arbeitsmarkterwartungen nicht mit der Wirtschaft, sondern mit der Politik einhergehen. Dieser relative Unterschied zu westlichen Erwartungen favorisiert im Osten nicht nur die Wahl einer extremen Partei, da geringere Auswirkungen auf die persönlichen Verhältnisse befürchtet werden. Darüber hinaus ist die Wahl einer extremen Partei zu erwarten, die ein Primat der Politik für den Arbeitsmarkt anbietet.

Was läßt sich nun insgesamt über diese sehr umfangreiche und reichhaltige Lektüre sagen? Die „offene“ Gliederung des Bandes kann den Herausgebern als Kritik vorgehalten werden, obwohl sich die Beiträge durchaus zu Schwerpunkten zusammenfassen lassen. Lediglich die Zuordnung des „schweizerischen“ Beitrags von Gebhard Kirchgässner und Bruno Frey über „Volksabstimmung und direkte Demokratie“ fällt im Rahmen der „Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990“ schwer. Ansonsten macht die Gruppierung deutlich, daß

der Schwerpunkt des Bandes auf der Erklärung des Wahlverhaltens, entweder unter dem Aspekt der Einigung oder aus einer sozialstrukturellen Perspektive, liegt. Die teilweise sehr ausführlich dargestellten Untersuchungen offerieren dem Leser nicht nur einen Einblick in das reichhaltige Methodenarsenal der empirischen Wahlforschung, sondern geben auch die Möglichkeit, die sicherlich überraschenden Wahlergebnisse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl nochmals Revue passieren zu lassen.

Thomas König

\*

Klaus Dammann, Dieter Grunow und Klaus P. Japp (Hg.): Die Verwaltung des politischen Systems. Neuere systemtheoretische Zugriffe auf ein altes Thema. Mit einem Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen Niklas Luhmanns 1958-1992. Niklas Luhmann zum 65. Geburtstag. Opladen: Westdeutscher Verlag 1994. 412 Seiten. ISBN: 3-531-12373-4. Preis: DM 66,-.

Man sagt Niklas Luhmann des öfteren nach, die Verwaltung sei die Einheit der vielen Differenzen, die seine Biographie, seine Karriere und seine Interessen strukturieren. Ganz falsch ist das nicht, obwohl auch hier die Frage zu stellen wäre, ob man unter dieser Einheit eher das versteht, was sie einschließt, oder das, was sie ausschließt. Glaubt man, Luhmann wolle Ordnung schaffen unter den Beschreibungen sozialer Phänomene, die Subsumtionskraft seiner Begriffe entfalten, Kommunikationsvorgänge nach dem Modell des Aktenflusses verstehen? Oder glaubt man umgekehrt, daß es Luhmann um die Ausleuchtung der Unordnung hinter der Ordnung, die Widersetzlichkeit der Phänomene, die Fastzusammenbrüche der Kommunikation geht? Beides scheint richtig. Die Einheit der Differenz ist die Kontingenz der Ordnung, die eine Ordnung der Kontingenz ist. Die Beschreibungen werfen einen Schatten auf alles, was sie nicht erfassen; die Begriffe drängen auf jene Vagheit (im Sinne des italienischen *vago* = anmutig), die sie untereinander zu vernetzen erlaubt; die Kommunikation ist eine Akte, ein Formular im Sinne Jürgen Freses, das für sich selber sorgen kann und dies nur kann, wenn es leere Stellen aufweist, in die anderes sich eintragen muß.

Es ist also sicher nicht verkehrt, die Arbei-